

NICARAGUA-NACHRICHTEN

EDITORIAL

„*Quo vadis Ortega?*“ titelten wir einen Artikel in der Septemerausgabe der „Nicaragua-Nachrichten“. Dem ist zwei Monate später leider nichts hinzufügen, außer dass man diese Frage aufs ganze Land ausdehnen könnte: „*Nicaragua wohin?*“ Wohin wird diese autoritäre Tendenz führen, das Land unter Einsatz von Mitteln, die wir längst als der Vergangenheit angehörig betrachteten, zu beherrschen? Es ist schockierend zu erleben, wie schnell in der politischen Auseinandersetzung die Gewalttätigkeit wieder Fuß fassen kann. Hoffen wir, dass sich die Kräfte der Besonnenheit durchsetzen und sich die aufgeheizte Atmosphäre wieder beruhigt.

Erschreckend ist auch die Bereitschaft von Ortega und Lakaien, mit Schlägertrupps und paramilitärischen Gruppen jegliche Opposition gegen die fragwürdigen Wahlergebnisse auszumerzen. Die **Vergleiche mit der Somoza-Diktatur**, die man ab und zu hört, erschienen mir immer übertrieben. Die jüngsten Ereignisse rücken derartige Vergleiche aber in ein anderes Licht. Doch auch Sympathisanten der PLC greifen zu Waffen und ehemalige **Contra-Kommandanten melden sich wieder zu Wort** und drohen, mit Ortega und seiner neuen Diktatur radikal Schluss zu machen.

Es ist diesmal schwierig, dieses Bulletin abzuschließen, da sich die Ereignisse Tag für Tag überschlagen. Leider geht die Entwicklung in Richtung Verhärtung der Fronten und zunehmende Gewalt.

Die letzte Ausgabe wurde sehr spät gestellt, was zu einem Teil meine Schuld ist, da ich mit der Redaktion verspätet dran war. Aber auch unsere skandalumwitterte **Post trägt ihre Verantwortung** daran; bei mir dauerte es zum Beispiel diesmal zwei Wochen, bis die Zeitschrift die 80 km Entfernung vom Aufgabsort bis zu meinem Wohnort überwand! Allen Beschwerden gegenüber zeigt sich die Post, die bekanntlich „für Jeden etwas hat“, taub. So habe ich regelmäßig, bei jeder Ausgabe, den Ärger mit der Zustellung.

Bitte nützen Sie den beiliegenden Erlagschein, um das **Abonnement für das Jahr 2009** einzuzahlen. Wir lassen den Abo-Preis unverändert,

Fortsetzung Seite 2

DER WILLE DES VOLKES?

Werden wir je das tatsächliche Ergebnis der Kommunalwahlen vom 9. November erfahren? Verschiedene Faktoren im Vor- und Umfeld der Wahlen lassen darauf schließen, dass das vom Wahlrat präsentierte Resultat keineswegs dem Willen der Wählerinnen und Wähler entspricht.

Der erste Paukenschlag war die Auflösung der Rechtspersönlichkeit der beiden Oppositionsparteien MRS (Sandinistische Erneuerungsbewegung) und Konservative Partei wegen unbedeutender formalrechtlicher Mängel im vergangenen Juni. Damit war sicher gestellt, dass auf Seiten der Opposition nur mehr die Alemán-Liberalen (PLC) übrig blieben, während die zweite liberale Partei brav die ihr von der FSLN zugedachte Rolle spielte, das liberale Stimmenpotenzial aufzusplittern.

In den zwei Autonomen Regionen an der Atlantikküste wurden die Wahlen um ein halbes Jahr verschoben – angeblich weil die technischen Voraussetzungen für eine reibungslose Durchführung des Urnengangs nicht gegeben waren.

Die Anträge nationaler Beobachtungsorganisationen wurden einfach nicht behandelt. Schon im Vorfeld der Wahlen hatte die FSLN prophezeit, in den meisten Gemeinden mehr als 50 Prozent der Stimmen einzufahren, um die „Änderung des politischen Modells“ fortzuführen.

Ein heißer Wahltag

Die Unregelmäßigkeiten an den Wahlurnen ließen sich an diesem Sonntag schon früh feststellen. Obwohl ihr die Akkreditierung als Beobachtungsorganisation verweigert worden war, stellte die NGO „Ethik & Transparenz“ (EyT) im ganzen Land 30.000 AktivistInnen vor den Wahlzellen auf. Wegen der Verweigerung der Akkreditierung durften sie jedoch die Wahllokale nicht betreten. Nach dem EyT-Bericht kam es in 32 % der Wahllokalen zu Unregel-

Fortsetzung von Seite 1

ersuchen jedoch, nach Möglichkeit die jahrelang gleichgebliebene Gebühr etwas aufzustocken.

Im Dezember erscheint keine Ausgabe der „Nicaragua-Nachrichten“ – Sie erhalten uns wieder im kommenden Jänner – und hoffentlich mit besseren Nachrichten!

Mit herzlichen Grüßen
Werner Hörtner, Redakteur

INHALT

| | |
|---------------------------------|-----|
| DIE WAHLEN VOM 9. NOVEMBER | S.1 |
| POLIZEI HÄLT SICH ZURÜCK | S.2 |
| EINE INAKZEPTABLE WAHL | |
| Überlegungen von Gioconda Belli | S.4 |
| WER BETRÜGT WEN? | |
| Überlegungen des Redakteurs | S.6 |
| GESAMTÖSTERREICHISCHE | |
| NICARAGUA-KONFERENZ | S.8 |

mäßigkeiten, etwa dass oppositionellen Beisitzern der Zutritt oder der Aufenthalt verweigert wurde. Viele Lokale wurden vorzeitig geschlossen, Wahlunterlagen gingen verloren.

Bereits in den Tagen vor dem 9. November war unter FSLN-AktivistInnen ein Papier zirkuliert, das Anweisungen für einen Wahlbetrug gab. Die Authentizität des Dokuments ist jedoch noch nicht erwiesen.



In den Wahllokalen kam es oft zu heftigen Auseinandersetzungen; WahlhelferInnen der Liberalen Partei wurden bedroht oder rausgeschmissen. Foto Xavier Castro, END.

Epizentrum Managua

Am darauffolgenden Montag begannen in der Hauptstadt die ersten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden stärksten Parteien. Die FSLN hatte schon am Sonntagnachmittag, noch vor dem offiziellen Wahlschluss, begonnen, in den städtischen Zentren Managuas, den *rotondas*, Sympathisanten zusammenzuziehen, die den „Sieg“ ihrer Partei feierten.

Das Bürgermeisteramt der Hauptstadt gilt in Nicaragua als zweitwichtigstes politisches Amt, und so ist es nicht verwunderlich, dass es bei diesen Wahlen besonders stark umkämpft war. Eduardo Montealegre, Banker und ehemaliger Finanzminister, war rechtzeitig von der kleineren liberalen Opposition ALN zur PLC Alemáns gewechselt, so dass er als aussichtsreichster Kandidat für das Rathaus der Hauptstadt galt. Obendrein hatten auch die von der Wahl ausgesperrten Parteien MRS und PC zur Stimmabgabe für Montealegre aufgerufen.

Doch entgegen allen Prognosen proklamierte der Wahlrat schon bald den FSLN-Kandidaten, den ehemaligen Boxweltmeister Alexis Argüello, mit 51,3 % der Stimmen zum Sieger gegenüber Montealegre mit 46,45 %. Auf Grund von Berechnungen und Mitschriften der liberalen Wahlbeisitzer hätte jedoch er mit 51,6 % gegen Argüello gewonnen, so Montealegre.

Der PLC-Kandidat weigerte sich, das offizielle Ergebnis anzuerkennen, so dass der Wahlrat schließlich eine neuerliche Auszählung der Stimmen verfügte. Jedoch nicht im ganzen Land, wie es die Opposition gefordert hatte, sondern nur in Managua – und ohne Anwesenheit unparteiischer Beobachter. So wurden in weniger als 24 Stunden die Ergebnisse von 2107 Wahllokalen in der Hauptstadt überprüft – und das erste offizielle Ergebnis wurde bestätigt. Gemäß der Auszählung des Wahlrates entfielen auf Argüello 150.444 Stimmen und auf Montealegre 136.231, nach der Berechnung der PLI auf ersten 197.837 und auf ihren eigenen Kandidaten 214.111.

Die Wahlbeobachtung, die es nicht gab

Die zwei nicaraguanischen Organisationen „Ethik und Transparenz“ (EyT) sowie „Institut für Entwicklung und Demokratie“ (IPADE) deponierten schon im vergangenen Juni beim Obersten Wahlrat das Ansuchen um den Status der Beobachtung bei den Kommunalwahlen vom 9. November. Laut Wahlgesetz müsste der CSE binnen 60 Tagen eine Entscheidung fällen, was jedoch nicht erfolgte. Nach fünf Monaten beschied das Wahlgericht schließlich,

es sei keine Zeit mehr, um die Akkreditierung durchzuführen.

Die frühere CSE-Präsidentin Rosa Marina Zelaya definiert das Verhalten der obersten Wahlbehörde als einen Rechtsbruch und als „völlig unverständlich und alarmierend“. Die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtern müsste doch im Sinne des Wahlrates liegen, um die Transparenz und Rechtmäßigkeit des Wahlprozesses zu beweisen. Ein anderes Ex-Mitglied des Wahlrates, Mauricio Montealegre: „Es scheint, als würde man uns in das Zeitalter der Diktatoren zurückbringen. Seit wir eine moderne Demokratie haben, ist es das erste Mal, dass keine nationalen Wahlbeobachter akkreditiert werden.“ Bei den letzten Wahlen waren sie jeweils in Aktion; den offenkundigen Wahlbetrug von Arnaldo Alemán im Jahr 1996 konnten sie jedoch nicht aufdecken.

Auf internationaler Ebene wollten das Carter-Zentrum und die Organisation Amerikanischer Staaten WahlbeobachterInnen entsenden, doch winkte Präsident Ortega ab. „Das Land habe genügend Erfahrungen mit Wahlen“, so sein Kommentar.

Die Reaktionen

Die Proteste wegen dem vermeintlichen Wahlbetrug ließen nicht lange auf sich warten. Erstaunlich schnell reagierte die katholische Kirche, die schon am Montag in einem Kommuniqué die politischen Führer zur Ruhe aufrief. Es gebe viele Gläubige, die sich „betrogen“ fühlten, da ihr Wählerwille nicht respektiert wurde, erklärte Leopoldo Brenes, der Erzbischof von Managua.

Der ehemalige Vizepräsident, Schriftsteller und MRS-Gründer Sergio Ramírez, spricht von einem „kolossalen Wahlbetrug“. In einem Interview mit der kolumbianischen Tageszeitung „El Tiempo“ zeichnet er ein düsteres Bild von der Zukunft seiner Heimat: „Wir bewegen uns in Richtung Diktatur. Das wird auch durch den schamlosen Betrug bei diesen Wahlen bestätigt. Am schlimmsten ist, dass das Gebäude der demokratischen Glaubwürdigkeit, das in den letzten Jahren aufgebaut wurde, zerstört ist.“

Das Netzwerk zivilgesellschaftlicher Gruppierungen *Coordinadora Civil* beklagt in einem Kommuniqué ebenfalls den Verlust demokratischer Legitimität der staatlichen Institutionen und fordert die Auflösung des Wahlrates. In diesem sind gegenwärtig drei PLC- und drei FSLN-Mitglieder sowie der Parteiose Vorsitzende Roberto Rivas vertreten. Erstaunlich, dass die liberalen Wahlräte bisher die FSLN-Politik mitgetragen haben – auch wenn sie bei der Präsentation des revidierten Wahlergebnisses von Managua durch Abwesenheit glänzten.

Und wie weiter?

Am 9. November wurden in Nicaragua in 146 der 153 Gemeinden Kommunalwahlen durchgeführt. Es liegt immer noch kein Endergebnis vor. Zehn Tage nach den Wahlen wird auf der offiziellen CSE-Homepage (www.cse.gob.ni) darauf verwiesen, man möge für weitere Auskünfte das Call Center des Amtes anrufen ... Das Endergebnis muss bis zum 5. Dezember vorliegen.

Die PLC verlangt weiterhin eine Neuauszählung der abgegebenen Stimmen im ganzen Land, während die FSLN diese Forderung genauso vehement ablehnt.

Insgesamt dürften knapp 100 Bürgermeisterämter an die FSLN gegangen sein, etwa 45 an die PLC und zwei an die ALN. Auch hier wurden aus zahlreichen Orten und Städten Unregelmäßigkeiten gemeldet. In León wurden auf einer Müllhalde an die 500 Wahlzettel gefunden – bei denen „zufällig“ alle auf die PLC angekreuzt waren. Hier ist das Wahlergebnis ähnlich wie in Managua: 51,5 % für die FSLN und 45,3 % für die PLC. In der Provinz León gewannen die Sandinisten in allen zehn Gemeinden.

In Granada führt die PLC mit deutlichem Vorsprung, während die FSLN nur auf 38 % kam. In Jinotepe gewann die FSLN mit einem knappen Vorsprung von einem Prozent, während in Chinandega der Sieg mit über 53 % schon deutlicher ausfiel. In Jinotega liegt die PLC an der Spitze, während in Estelí die Sandinisten den überzeugendsten Sieg mit 63,55 % einfuhren.

Die Macht der Straße

Die PLC weigert sich weiterhin, die Wahlergebnisse vom 9. November anzuerkennen. Für den 18. November rief sie zu einer großen Protestdemonstration in Managua auf, die jedoch im letzten Moment von der Polizei untersagt wurde, als sandinistische Schlägertrupps Eduardo Montealegre und seine Frau lynchen wollten. Die Sondertruppen der Polizei konnten die beiden nur mit Mühe retten.

Die „Räte der Bürgerwacht“ hatten schon am Vortag wichtige Punkte der Stadt besetzt und an den Ausfallstraßen Blockaden errichtet, um keine oppositionellen DemonstrantInnen in die Stadt zu lassen. Sie hatten dafür aus dem ganzen Land Anhänger nach Managua gebracht. Am Dienstag, dem Tag der geplanten Großkundgebung, hatten alle Schulen und Universitäten sowie die meisten Geschäfte geschlossen; in der Stadt herrschte eine gespenstische Ruhe. Ein Aufgebot von 5000 Polizisten versuchte, gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Gegenwärtig stehen sich die beiden stärksten politischen Kräfte, die Sandinisten und die Liberalen,

unversöhnlich gegenüber (in der vergangenen Regierungsperiode hatten sie noch vereint gegen Präsident Bolaños agiert). Es ist fraglich, wie lange die PLC-Politiker, die auf Grund des Paktes Alemán/Ortega sich die staatlichen Institutionen mit den Sandinisten aufgeteilt haben, in dieser Situation der Konfrontation noch gemeinsames Spiel mit der FSLN machen. Unklar ist auch die Haltung der internationalen Staatengemeinschaft. Die EU hatte in einer ersten Erklärung wohl ihre Besorgnis über die Lage ausgedrückt, doch noch keine konkreten Maßnahmen ergriffen. Erstaunlich auch, dass sich die US-Botschaft in Managua und auch das US-Außenministerium – ansonsten traditionelle Lehrmeister in Sachen Demokratie – nur sehr moderat zu den Wahlen äußerten.

„EIN BLUTBAD VERMEIDEN“

Polizeichefin Aminta Granera ist mit allen Kräften bemüht, eine Eskalation der Auseinandersetzungen zu vermeiden. Daniel Ortega möchte die Polizeiführung gerne mit ihm ergebene Leuten besetzen.

In einem Befehl an die Spezialtruppe zur Bekämpfung von Unruhen (DOEP) rief die Erste Kommissarin Aminta Granera alle Einsatzkräfte auf, nicht gewalttätig zu handeln und keine tödlichen Waffen einzusetzen, „was die Situation noch weiter verschärfen könne“, und das Leben der Menschen zu verteidigen.

Am Dienstag dem 18., dem Tag der Großkundgebung der Opposition, wurden die Spezialkräfte um 11.20 Uhr an verschiedenen Punkten in Managua aufgestellt - kurz vor dem für 14 Uhr angekündigten Beginn der Demonstration, die von den Organisationen der Zivilgesellschaft angekündigt worden war.

„Wie ihr es bereits getan habt. Wie ihr das Leben in Leon verteidigt habt. Wie ihr es gestern verteidigt habt, und heute und wie wir es weiterhin tun werden. Ich weiß, dass ihr müde seid, aber ich kenne auch die Stimmung jedes einzelnen Bruders und jeder Schwester der Polizei. Die Nationalpolizei ist ungeheuer stolz auf jeden einzelnen von euch, und ich als nationale Chefin fühle mich ungeheuer stolz auf jeden einzelnen von euch. Auf euere Schultern legen wir nicht nur die Polizei, sondern Nicaragua“, sagte Granera zu ihren Kräften im Munguía-Komplex.

Aufruf an die Politiker

Die Polizeichefin rief die politischen Führer und Aktivisten des Landes auf, mit Vernunft zu handeln und friedlich zu demonstrieren. Das Volk bat sie um Vertrauen für die Polizei, trotz der physischen Erschöpfung, der ihre Kräfte ausgesetzt sind.

„Diese komplexe soziale und politische Situation, die wir in Nicaragua durch die Störung der öffentlichen Ordnung durch einige Aktivisten der Parteien erleben, zwingt die Polizei zu jedem Zeitpunkt und in jeder konkreten Situation die richtige Art des Handelns zu bestimmen“, sagte die Polizeichefin.

Sie berichtete, dass in den vergangenen Tagen zwei große Achsen das Handeln der Polizei bestimmten. „Die erste war, dass das gewaltsame Eingreifen der Polizei und der Einsatz tödlicher Waffen die gewalttätige Situation noch weiter verschlimmern könnte, und die zweite, noch wichtigere war, dass wir uns darauf konzentrierten, das Leben der Menschen zu schützen.“

„Ein Blutbad vermeiden“

Auf die Frage nach der Frustration verschiedener Bevölkerungskreise und das verfassungsmäßige Recht auf Demonstrations- und Bewegungsfreiheit antwortete die Polizeichefin: „Ich habe volles Verständnis für die Frustration, die einige Sektoren der Gesellschaft fühlen, weil sie ihr verfassungsmäßiges Recht der freien Bewegung und Demonstration nicht ausüben können. Ich verstehe auch die Frustration der Menschen bzw. weitere Kreise, die meinen, die Polizei müsste mehr tun. Trotzdem möchte ich allen nicaraguanischen Brüdern und Schwestern sagen, dass wir angesichts der Komplexität der Umstände, in denen wir uns befinden, eine enorme Dosis an Kraft, an Gelassenheit und an Verantwortungsgefühl nötig haben, um ein Blutbad in Nicaragua zu verhindern“. Und sie fügte hinzu: „Ich bin davon überzeugt, dass man die politischen Probleme und Differenzen nicht durch Polizeieinsätze lösen kann“.

(La Prensa, 19.11.08)

EINE INAKZEPTABLE WAHL

Die manipulierten Ergebnisse der Kommunalwahlen dürfen nicht anerkannt werden, auch nicht unter dem Druck der Straße, meint

GIOCONDA BELLI

In Nicaragua haben wir den betrübllichsten Wahlprozess seit Jahren erlebt. Wir haben verloren, was wir uns mit so viel Blut und Opfer erkämpft haben: das Recht, auf saubere Weise jene zu wählen, die uns regieren.

Nach diesen Wahlen ist die Autorität des Obersten Wahlrates aufgehoben und wir finden uns neuerlich verstrickt in ein System, das nach seinem eigenen Gutdünken eine Macht geschaffen, die Regierungsinstrumente entartet und das bewiesen hat, dass es eine eiserne – zivile und militärische – Kontrolle über die Institutionen des Staates ausübt. Und durch diese Macht werden unser staatsbürgerlicher Wille, unsere Stimme zu unserem Papier.

Wer jetzt sagt, dass jeder Protest gegen das, was sich in den letzten Tagen in Nicaragua ereignet hat, ein Ergebnis des Syndroms des schlechten Verlierers ist, dem muss man entgegenhalten, dass es unmöglich ist, diese Ergebnisse nicht als den Gipfel eines Prozesses der Manipulation und des Trugs zu analysieren, der seit einigen Monaten im Gang ist. Zeichen davon waren die Auslöschung politischer Parteien, die Einbindung von sandinisten-nahen Parteien in die Wahlorgane, wie etwa die AC, deren miserables Abschneiden in den Wahlen von 2004 eigentlich den Verlust ihrer Rechtspersönlichkeit hätte zur Folge haben müssen, oder die ALN, die mit schmutzigen Manövern ihrem eigenen Gründer weggenommen wurde. Dazu kommt die Ablehnung der unabhängigen Wahlbeobachtung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) und die Blindheit gegenüber dem Missbrauch von staatlichen Ressourcen, die für Propaganda für die Regierungspartei eingesetzt wurden. Dadurch wurden schamlos alle im Wahlgesetz festgeschriebenen Normen verletzt, ohne dass die zuständigen Behörden auch nur mit einer Wimper geizt hätten.

Doch auch wenn bereits diese Anzeichen auf manipulierte Wahlen hinwiesen, so war die Schamlosigkeit, mit der in den Tagen nach der Wahl die Ergebnisse ganz offen zugunsten der FSLN zurechtgebogen wurden, schlicht und einfach jämmerlich. Erst ab 10 Uhr 30 am Abend des Wahlsonntags wurden zögerlich und unvollständig und auf Grundlage minimaler Auszählungen erste Ergebnisse bekannt gegeben, wobei die Absicht offenkundig war, vorzeitig einen Sieg der FSLN erkennen zu lassen.

Wahlhelfer und die Oppositionspartei klagten an, dass in erster Linie jene Wahllokale ausgezählt wurden, wo der Orteguismus gewann, damit die Bevölkerung auf die Straßen geht und den Eindruck einer vollendeten Tatsache erweckt. Und am schwerwiegendsten ist es, dass die Kopien der Wahl-

akten der Oppositionspartei nicht mit den von der Wahlbehörde veröffentlichten Angaben übereinstimmen.



Ein triumphierendes Herrscherpaar suhlt sich in der Macht – und schickt die Schlägertrupps auf die Straße.

Die herrschenden Unstimmigkeiten sind so groß, dass man sie nicht außer Acht lassen und die Ergebnisse „einfach akzeptieren“ kann. Man kann von der Bevölkerung nicht verlangen, dass sie auf derart lasterhafte Weise entstandene Wahlergebnisse akzeptieren soll. Man kann von ihr nicht verlangen, dass sie an die Rechtmäßigkeit glaubt, wenn das Recht in den letzten zwei Jahren so oft und so markant verletzt wurde und wenn die Oberste Wahlbehörde seit dem Machtantritt von Daniel Ortega sich so offen seinen Interessen und seinen Anordnungen unterworfen hat.

Jedem, der ein bisschen rechnen kann, wird es schwer fallen zu verstehen, dass eine Partei, die vor zwei Jahren landesweit gerade einmal 38 % der Wählerschaft für sich mobilisieren konnte, plötzlich und trotz der schlechten Werte in den Meinungsumfragen einen Stimmenanteil von mehr als 60 % erreicht. Wenn man diese Zahlen den Betrugsvorwürfen zur Seite stellt, so ergibt das wohl genügend Verdachtsmomente, um ein ernsthaftes Infragestellen der Ergebnisse in Betracht zu ziehen.

Die Gewalttätigkeit, die wir in Managua seit dem Wahlsonntag erlebt haben, ist bedauerlich. Sie ist die Folge der Staats- und Parteipolitik von Daniel Ortega. Seit Monaten stacheln seine Anhänger zu dieser Art von Aktionen auf, und der Präsident toleriert sie von vornherein. Er schickt kämpferische Gruppen auf die Straßen und spornt sie dazu an, ihren niedrigsten Trieben gegen Jugendliche und Oppositionelle, die demonstrieren wollen, freien Lauf zu lassen. Unter dieser Regierung sind die Straßenkämp-

fe zu einer Aktionsform der Parteianhänger geworden. Von diesem Punkt aus ist es nicht mehr weit, dass diese Auseinandersetzungen sich ausbreiten und in Blut, Tod und Zerstörung münden.

Wie es schon mehrere Organisationen und die PLC ausgedrückt haben, dürfen und können diese Wahlergebnisse nicht akzeptiert werden, bevor nicht alle Wahlakten unter unparteilicher und fachgemäßer Beobachtung neu ausgezählt werden.

In dieser Situation muss sich die Nationalversammlung einschalten und die Entlassung der Mitglieder der Obersten Wahlbehörde in Gang setzen, die durch anerkannt ehrliche und unparteiliche Menschen ersetzt werden müssen. Sonst sind wir in jene schwarze Epoche zurückgekehrt, wo Wählen sinnlos war, da man die manipulierten Ergebnisse schon von vornherein kannte.

(Entnommen der Tageszeitung „El Nuevo Diario“, für die Gioconda Belli regelmäßig Kolumnen schreibt. Übersetzung von W. Hörtnner.)



Auch wenn man es ihr nicht ansieht – Gioconda Belli wird am 9. Dezember 60 Jahre jung. Wir gratulieren herzlich!

Ihren zuletzt erschienenen Gedichtband „*Feuer bin ich in der Ferne*“ werden wir in der nächsten Nummer besprechen.

WER BETRÜGT WEN?

ÜBERLEGUNGEN ZUM WAHLAUSGANG

Wenn sich die so offenkundigen und massiven Hinweise auf Wahlbetrug bewahrheiten, was steckt dann hinter diesem Manöver? Denn auch wenn es auf den ersten Blick plausibel sein mag, dass Daniel Ortega damit eine Basis für eine Verfassungsänderung und dadurch seine mögliche Wiederwahl im Jahr 2010 garantieren will – es gibt doch einige Ungereimtheiten, die sich dem fragenden Beobachter, der Beobachterin nicht leicht erschließen.

In der Obersten Wahlbehörde sitzen neben drei Sandinisten auch drei Liberale sowie der parteilose Vorsitzende. Warum tragen diese den Betrug, der ja zu Lasten der Liberalen Partei und dessen Spitzenkandidaten geht, mit? Sie müssten doch im Sinne ihres eigenen Kandidaten handeln.

Wenn es keinen Betrug gab, so müssten ja die sandinistischen Mitglieder des CSE jegliches Interesse haben, dass diese Tatsache so schnell wie möglich an die Öffentlichkeit kommt – es sei denn, dies würde die Wahlniederlage der FSLN untermauern.

Da offenkundig keine der beiden Parteien im Wahlrat im Sinne ihrer Partei handelt, könnte vielleicht eine andere Realität dahinterstecken, die sowohl die FSLN- als auch die PLC-Richter zu diesem Verhalten zwingt. Vielleicht lebt auch hier der Pakt weiter, jedoch auf einer subtilen, praktisch unsichtbaren Ebene?

Die von Eduardo Montealegre aufgebaute Alianza Liberal Nicaragüense (ALN) war von Anfang an gegen die Alemán-treue PLC ausgerichtet. Die Spaltung der Liberalen in zwei Parteien war der Hauptgrund für den Wahlsieg der FSLN vor zwei Jahren. (Nicht einmal die US-Botschaft konnte damals eine Wiedervereinigung der Liberalen erreichen.) Doch da Montealegre in der ALN keine Gewinnchancen hatte, wechselte er zur PLC über, die immer noch unter dem Vorsitz von Ex-Präsident Alemán steht. Die beiden Liberalen sind sich spinnefeind. Wäre es da nicht naheliegend, wenn Alemán mit seinen Getreuen den Wahlbetrug der FSLN unterstützt, um seinem gefährlichsten Gegenspieler in den Reihen der Liberalen eine Niederlage zu bereiten? Das würde auch das Verhalten der PLC-Wahlrichter erklären. Oder vielleicht ist das Zusammenspiel der Interessen von Ortega und Alemán wieder einmal ein Zufall ...?

Werner Hörtnner

GESAMTÖSTERREICHISCHE NICARAGUA-KONFERENZ

Am ersten Dezemberwochenende findet wieder die alljährliche Konferenz der Solidaritätsgruppen zu Nicaragua statt, wieder in Gegenwart von CHICA-Koordinator Elmer Zelaya. Diesmal steht auch die Gründung von CHICA-Österreich auf der Tagesordnung.

Anders als bei den relativ unverbindlichen Treffen der früheren Jahre müssen wir diesmal den Grundstein für die künftige Zusammenarbeit mit CHICA legen, das heißt, wir müssen ein **österreichisches Pendant für CHICA-Nicaragua gründen**, da ja bekanntlich Horizont3000 nur mehr heuer die Einreichung für die Finanzierung von CHICA für 2009 macht. Danach muss dies ein eigener österreichischer Verein in die Hand nehmen.

Wenn nicht **ALLE** österreichischen Nicaragua-Partnerschaften und Initiativen bei der Gründung von CHICA-Österreich zusammenhalten und –wirken, dann hat dieses Unterfangen kaum Aussicht auf Erfolg, da ja die Anerkennung als Trägerorganisation durch die ADA erst erkämpft werden muss. Unser Hauptargument dabei wird sein, dass alle österreichischen Nica-Initiativen an einem Strang ziehen und selbstbewusst entschlossen sind, diesen Kampf gemeinsam und effektiv zu führen.

Darüber hinaus steht ja auch die Vision auf dem Spiel, dass künftig für unsere Projekte eine Rahmenvereinbarung mit der ADA angestrebt wird, was die **Kofinanzierung** unserer Projekte durch die österreichische Entwicklungszusammenarbeit **mit bis zu 80%** bringen kann.

Bis Ende November sollte feststehen, dass wir gemeinsam die Gründung von CHICA-Österreich wollen. Deshalb bitte ich euch, mir **zwei Informationen zurückzumailen:**

- 1 – Die Partnerschaft/Initiative(Name)..... steht hinter der Gründung von CHICA-Österreich.
- 2 – Unsere Kontaktperson für dieses Vorhaben ist mit der folgenden Mailadresse und der folgenden Telefonnummer

Mit diesen Kontaktpersonen wird dann die weitere Vorgangsweise bei der Gründung von CHI-

CA-Österreich demokratisch abgesprochen. Bis zur Konferenz bitte ich euch, mein Angebot, die einschlägigen Aktivitäten zu koordinieren, anzunehmen.

Mit dem Ersuchen, die Antworten so bald wie möglich, aber bitte nicht später als bis Ende November an die Mailadresse leon@subnet.at zurückzumailen, und solidarischen Grüßen.

Paul Pirker

Städtepartnerschaft Salzburg – León

Programm der Nicaragua-Konferenz:

Sa., 6. Dezember 2008, 10.00 – 18.00 Uhr

Ort: Institut für Afrikanistik, Uni-Campus Wien

Tagesordnung:

10.00 – 13.00 Uhr Berichte und Erfahrungsaustausch:
Es berichten: Linz – San Carlos; Wels – Chichigalpa; Braunau – Boca de Sabolos; HTL-Braunau – Tecnico La Salle; Salzburg – León; Pilsbach – Potosi; Otakeking – Barrio Austria, Managua; Wien XV – San Pedro del Norte; BrigadistInnen – Condega; Zell an der Pram – Chacara Seca; HS-Bürmoos – Primaria El Platanal; Traun – El Jicaral; Ansfelden – Condega; Pan y arte – Granada; NICASOL – Vorarlberg; Horizont 3000; Zivildienster;

13.00 – 14.00 Uhr: Pause

14.00 – 18.00 Uhr: Die Notwendigkeit, CHICA-Österreich zu gründen

19.00 - ? .00 Uhr: Zwei Alternativen:

1 – Die erfolgreiche Gründung von CHICA-Österreich wird in einem Heurigenlokal **gefeiert**.

2 – Die gescheiterte Gründung von CHICA-Österreich wird in einem Heurigenlokal **betrauert**.

Symposium zur politischen Situation in Nicaragua nach den Kommunalwahlen vom 9. November 2008 mit Leo Gabriel und Elmer Zelaya.

Die Liberalen und die USA verlangen eine Neuaustragung der Wahl. Sie erheben Vorwürfe, dass bei den Kommunalwahlen Betrug im Spiel war, und behaupten, dass die PLC in Managua und in León gewonnen hätte. Schwere Ausschreitungen in Managua und in León, glücklicherweise bisher ohne Todesopfer. Hat sich Nicaragua in die Bananenrepublik vor 1979 zurückverwandelt, oder versucht die Partei Arnaldo Alemans, mit verbrecherischen Mitteln demokratisch zustande gekommene Wahlergebnisse umzudrehen?

Sonntag, 7. Dezember 2008, 10.00 – 13.00 Uhr

Ort: Institut für Afrikanistik, Uni-Campus Wien.

In letzter Stunde

GESETZESENTWURF FÜR NEUWAHLEN IM PARLAMENT?

Die Opposition zur FSLN möchte nunmehr über die Nationalversammlung die Annulierung der Wahlen vom 9. November und Neuwahlen erreichen.

Ungeachtet der Tatsache, dass die PLC von der Obersten Wahlbehörde die Revision der Stimmauszählung in allen Wahllokalen des Landes fordert, hat sich am 20. Dezember im Parlament eine Initiative gebildet, die auf diesem Weg Neuwahlen erreichen will. Demnach soll über ein neues Gesetz der CSE aufgefordert werden, binnen 45 Tagen in 146 Gemeinden des Landes, in denen am 9. November gewählt wurde, neuerlich Kommunalwahlen durchzuführen.

Die Sandinisten und die Liberalen der ALN haben bereits ihre Ablehnung dieser Initiative deponiert. Abgeordnete der FSLN kommentierten dieses Vorhaben folgendermaßen: „Das ist so eine Geschichte. Wenn ich verliere, akzeptiere ich die Wahlen nicht, und wenn ich gewinne, ist alles in Ordnung.“

Das Gesetzesvorhaben besteht aus drei Artikeln: erstens die Annulierung der Wahlen, zweitens Ausschreibung von Neuwahlen binnen 45 Tagen und drittens Anordnung an die Wahlbehörde, Beobachter zu akkreditieren. Es soll am 25. November im Plenarium diskutiert werden. Zur Annahme benötigt die Initiative die Unterstützung von 48 der 91 Abgeordneten. PLC, MRS und BDN (Democrática Nicaragüense) zusammen erreichen 44 Stimmen; die Opposition ist zuversichtlich, dass auch einige unabhängige Abgeordneten für den Gesetzesentwurf stimmen werden.

OAS-Sitzung zu Nicaragua

Die sandinistische Regierung reagierte auf die Einberufung eines OAS-Treffens zu Nicaragua für den 20. November mit Ablehnung und Kritik an Generalsekretär José Miguel Insulza, einen Linkspolitiker in der Zeit der Volksfrontregierung Allendes in Chile. Dieser überschreite und missbrauche seine Befugnisse, so die Regierung in einem Protestbrief. Weiters: „Die PLC, die OAS und die Vereinigten

Staaten haben einen Destabilisierungsplan, der gegen die Prinzipien der Charta (der OAS) verstößt. Diese würde vorsehen, dass jedes Land souverän seine Wahlprozesse organisieren und abwickeln könne und das Recht habe, internationale Wahlbeobachter einzuladen oder auch nicht.

Nicaragua brachte bei der Sitzung in Washington einen Antrag ein, in der die USA zu einer Beendigung ihrer „Einmischungspolitik“ aufgefordert und Insulzas „Grenzüberschreitung“ kritisiert wird. Der Antrag wurde jedoch nur von Venezuela voll unterstützt und von den meisten Staaten abgelehnt. Insulza erinnerte an seinen Kampf gegen die Pinochet-Diktatur: „Niemand soll nach diesen vielen Jahren im politischen Leben denken, dass ich mich an einem Komplott beteilige.“

IMPRESSUM:

Medieninhaber und Herausgeber:

AG für Information über Nicaragua

Redaktion: Werner Hörtner

Sandwirtgasse 11/2, 1060 Wien

E-Mail <werner.hoertner@suedwind.at>

Anschrift der Verwaltung: Hermann Pernerstorfer, Hauptstraße 69, 3494 Brunn, <h.pernerstorfer@tripple.at>

Konto: NÖ Hypo-Bank, Nr. 3455-035316, BLZ 53000,

Österreichische Post AG Info-Mail

Entgelt bezahlt

149028W86E, ZVR 445467935